



## **Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter**

Bauer, Waltraud

## **Schriftführerin**

Radke, Monika

## **Presse**

## **Zuschauer**

## **Entschuldigt:**

## **Mitglieder der Bezirksvertretung**

Achten, Hartmut	CDU
Desgronte, Alexandra	CDU
Stiller, Sabine	CDU

## **Ratsmitglieder mit beratender Stimme**

Benthem van, Henk	CDU
Henk-Hollstein, Anna-Maria	CDU
Marx, Werner	CDU
Schlieben, Nils Helge Dr.	CDU
Schneider, Frank	SPD
Stahlhofen, Gisela	DIE LINKE.

## **Verwaltung**

Konrads, Josef Hubert

## **Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter**

Klömpken, Olaf

Herr Bezirksbürgermeister Willi Stadoll eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden Multiplikatoren aus dem Stadtbezirk, die anwesenden Vertreter und Vertreterinnen aus der Jugendverwaltung und den Amtsleiter des Bürgeramtes Mühleim, Hans Oster, der in Vertretung von Herrn Becker die Sitzung als Verwaltungsvertreter der Bürgerämter begleiten wird.

Herr Stadoll stellt erfreut fest, dass zum ersten Mal die Bezirksvertretungen von Beginn an in die Planungen einbezogen werden und dass neben der Information durch die Verwaltung auch die Möglichkeit besteht, den Multiplikatoren und Multiplikatorinnen das Wort zu erteilen und gemeinsam zu diskutieren.

Nach Abschluss der Dialogrunde soll eine kurze Sitzungsunterbrechung von 30 Minuten den Bezirksvertretern und Bezirksvertreterinnen die Gelegenheit geben, das Gehörte in entsprechender Art und Weise zu verarbeiten und dann das Meinungsbild der Bezirksvertretung zu formulieren.

Herr Stadoll erklärt, dass die in der Sitzung formulierten Inhalte in die gesamtstädtischen Beratungen einfließen werden.

Herr Redlin (Grüne) beantragt, den Punkt 7.1.2 – Vergabe der bezirksbezogenen Mittel – im nichtöffentlichen Teil zu behandeln.

Dieser Antrag wird einstimmig beschlossen.

Herr Werner (CDU) stellt den Antrag, die Beschlussfassung zum Punkt 7.1.2 zu schieben, da es hier noch Klärungsbedarf gibt.

Frau Wilden (pro köln) beantragt ebenso ein Schieben der Beschlussfassung.

Die CDU Fraktion stellt einen Dringlichkeitsantrag: „Stilllegungsverfahren der Alt-Deponie Linder Mauspfad“, die Dringlichkeit wird von Frau Ogiermann begründet.

Herr Redlin (Grüne) stellt den GO-Antrag, den Antrag in den normalen Gang zu verweisen, da die Dreimonatsfrist nicht eingehalten ist.

Der Geschäftsordnungsantrag wird abgestimmt:

Ja: 10 Stimmen SPD, Grüne, Herr Eberle (LINKE)

Nein: 4 Stimmen CDU, FDP

Enth: 1 Stimme Frau Wilden (pro köln)

Als Stimmzähler werden Herr Wilhlem, Herr Baumann und Herr Bujanowski vorgeschlagen.

Die so geänderte Tagesordnung wird bei einer Gegenstimme mehrheitlich beschlossen.

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

- 1 Einwohnerfragestunde**
- 2 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 3 Einwohneranträge gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 4 Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 5 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 6 Anträge gemäß §§ 3 und 40 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

- 6.1 Entscheidungen gemäß § 37 Absatz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 6.2 Vorschläge und Anregungen gemäß § 37 Absatz 5 Satz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

## **7 Verwaltungsvorlagen**

- 7.1 Entscheidungen gemäß § 37 Absatz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
  - 7.1.1 Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung Köln 2011  
Ziele, Herausforderungen und Entwicklungsperspektiven für gerechte Bildungs- und Zukunftschancen  
0252/2011
- 7.2 Anhörungen und Stellungnahmen gemäß § 37 Absatz 5 Sätze 1 und 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

## **8 Anfragen gemäß §§ 4 und 40 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

- 8.1 Beantwortung von Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen
- 8.2 Neue Anfragen

## **9 Mitteilungen**

- 9.1 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters
- 9.2 Mitteilungen der Verwaltung
  - 9.2.1 Schulentwicklungsplanung - mündliche Anfrage von Herrn Dr. Schlieben in der Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung vom 21.03.2011, Top 7.1  
1656/2011

## **10 Annahme von Schenkungen**

## **I. Öffentlicher Teil**

- 1 Einwohnerfragestunde**
- 2 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 3 Einwohneranträge gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 4 Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 5 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 6 Anträge gemäß §§ 3 und 40 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
  - 6.1 Entscheidungen gemäß § 37 Absatz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
  - 6.2 Vorschläge und Anregungen gemäß § 37 Absatz 5 Satz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 7 Verwaltungsvorlagen**
  - 7.1 Entscheidungen gemäß § 37 Absatz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
    - 7.1.1 Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung Köln 2011  
Ziele, Herausforderungen und Entwicklungsperspektiven für gerechte Bildungs- und Zukunftschancen  
0252/2011**

**Frau Dr. Klein** stellt die Grundzüge des Verfahrens vor, wie es von der Verwaltung geplant ist.

Sie führt aus, dass die Verwaltung die Schulentwicklungsplanung in der Art vorlegt, in dem sie Entwicklungslinien aufzeigt, die aufgrund von Bevölkerungsprognosen entstehen und dass ausdrücklich eine Diskussion in den Bezirken hierzu gewünscht ist. Nach der Vorstellung in den einzelnen Bezirken sollen die Kommentierungen und Anregungen aus den Bezirken der Vorlage beigelegt und vom Rat zur Kenntnis genommen werden. Die Verwaltung wird die Anregungen und Kommentierungen bei der Erstellung von einzelnen Beschlussvorlagen aufgreifen.

Sie berichtet aus anregenden und interessanten Diskussionen in den anderen Bezirken.

### **Teil I – Allgemeines**

**Herr Pfeuffer** (Stabsstelle Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung) erläutert die Präsentation (siehe Folien in der Anlage) ein und beschreibt den allgemeinen Teil. Er schlägt vor, dass jeweils zwischen den vier Hauptthemen die Möglichkeit für Fragen und Anregungen gegeben wird.

Er führt aus, dass die Inklusionsplanung in den vorgestellten Inhalten keinen hervorgehobenen Platz hat, da sie gesondert erfolgen wird.

Bundesweit und in NRW sinken die Kinder- und Schülerzahlen.

Köln verzeichnet entgegen dem Trend steigende Zahlen (+5% stadtweit, +12,4% in Porz).

Diese Entwicklungen müssen sich in der Planung auch niederschlagen. Um die Prognosen zuverlässiger zu halten, werden die Planungsgrundlagen nach wie vor jährlich fortgeschrieben.

Der Zusammenhang zwischen Armut und Bildungschancen muss bei allen Planungen beachtet werden.

### **Teil II – Jugendhilfe**

**Herr Völlmecke** (stellvertretender Leiter des Jugendamtes) stellt die Hauptschwerpunkte der Jugendhilfe vor, die sich im Bericht wiederfinden:

#### **Kinder- und Jugendförderung**

- offene Kinder- und Jugendarbeit
- Schulsozialarbeit
- Jugendbildung
- Spielplatzgestaltung
- Gesundheitsförderung

#### **Bildung, Beratung und Unterstützung von Familien**

- Bezirksjugendämter
- Allgemeiner sozialer Dienst

Die Zahl der Familien mit Unterstützungsbedarf steigt weiterhin.

#### **Vernetztes Arbeiten**

- z.B. Netzwerk Erziehung in Schulen (NEIS) zentral und in den Bezirken.

**Herr Joisten** (SPD) fragt nach, wie der weitere Bedarf der aufsuchenden Jugendhilfe, insbesondere Streetworker, von Seiten der Verwaltung gesehen und personell entwickelt werden soll, da er hierzu die Planungen in den Unterlagen nicht ausreichend fand.

**Frau Wilden** (pro köln) fragt, inwieweit der Gewalt auf Schulhöfen begegnet wird und wie Pausenhöfe und Schulwege gesichert werden können, damit keine Schüler Opfer von Pöbeleien und Gewalttaten werden.

**Herr Werner** (CDU) stellt fest, dass das Thema der Streetworker ebenfalls als sehr wichtig angesehen wird.

**Herr Völlmecke** antwortet, mobile Jugendarbeit und Streetwork sind weiterhin wesentliche Bestandteile und werden als eigenständige Bausteine entwickelt. Im Stadtgebiet sind drei Teams tätig. Weiterhin wird in den Jugendeinrichtungen selber auch viel Arbeit dahingehend geleistet.

**Herr Gringmuth-Held** (Stabsstelle Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung) spricht zum Thema Kindertagesstätten bzw. frühkindliche Bildung.

Für Porz sieht es so aus, dass in Ensen, Westhoven und Elsdorf nach neuen Standorten für Einrichtungen gesucht wird. Je nachdem, müssen auch hier temporäre Einrichtungen geschaffen werden.

**Frau Langenbach** (Stabsstelle Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung) spricht zum Thema Jugendeinrichtungen.

Zusätzlich zu den auf den Folien dargelegten Punkten teilt sie mit, dass der Handlungsbedarf zur Schaffung von Kinder- und Jugendeinrichtungen dargestellt werden soll und dass es eine Spielplatzbedarfsplanung geben soll. In beiden Planungen sollen umfangreiche qualitative Bewertungen die Grundlage der kommenden Jahre sein.

Sie stellt den Stellenwert der offenen Kinder- und Jugendarbeit nochmals eindringlich dar. Diese Arbeit ist für alle Kinder und Jugendlichen da, hat aber für benachteiligte Kinder und Jugendliche eine besondere Bedeutung, da hier einige Dinge kompensiert werden können.

In Porz besteht eine „leichte Unterversorgung“ mit Stellen in der offenen Kinder- und Jugendarbeit.

**Herr Röser** von der GGS Konrad-Adenauer-Straße begrüßt es, dass die Betreuungsplätze schon so weit ausgebaut wurden. Er erinnert jedoch daran, dass diese Plätze nur deshalb geschaffen werden konnten, weil die Hortplätze umgewandelt wurden, die im Rahmen der OGS-Einrichtung weggefallen sind. Er gibt jedoch zu bedenken, dass der Bedarf für kleine Grundschulkinder wachsen wird und aktuell nicht gelöst scheint. Berufstätige Eltern finden so kaum Möglichkeiten, die Kinder betreuen zu lassen.

**Frau Mersmann** vom Jugend- und Gemeinschaftszentrum in Porz-Grengel begrüßt die Gedanken zum Thema Streetwork, weist aber darauf hin, dass es für sie als Jugendeinrichtung nicht als zusätzliche Aufgabe leistbar ist ohne finanzielle Kompensation.

**Frau Dr. Klein** erklärt, dass die OGTS in den letzten Jahren massiv ausgebaut wurde, so dass stadtweit eine Nachfrage von 63% gedeckt werden konnte. Die Grenzen der einzelnen Schulen bildet in Einzelfällen die räumliche Situation. In den weiterführenden Schulen besteht derzeit eine Ganztagsquote von ca. 60%, womit Köln auch hier massiv ausbaut, was geht.

**Herr Joisten** (SPD) dankt allen Beteiligten, weist aber nochmals darauf hin, dass Porz im Bereich der Jugendeinrichtungen noch Bedarfe hat.

Er stellt die Frage zur genauen Planung bei der Partizipation und möchte wissen, ob auch Überlegungen zu gemeinschaftlichen Nutzungen mit anderen Trägern in Betracht gezogen werden. Solche Modelle könnten dazu beitragen, bei relativ geringen Kosten ein Basisangebot zu erhalten.

**Herr Ehse** (Grüne) fragt nach, in wieweit bei den Neuplanungen zur Kinderbetreuung die Aspekte der Inklusion berücksichtigt werden.

**Herr Gringmuth-Held** stellt dar, dass alle Einrichtungen so gebaut werden, dass sie für integrative Bedarfe geeignet sind. In Köln gibt es zur Zeit ca. 700 integrative Plätze, sie werden jedoch weiter ausgebaut.

**Frau Langenbach** beantwortet, dass es keine Planung, sondern ein Konzept ist, dass zum Thema Partizipation entwickelt werden soll. Hier geht es darum, in welchen Bereichen können Möglichkeiten der Partizipation und Teilhabe sinnvoll entwickelt werden.

**Herr Pfeuffer** ergänzt noch, dass Mittel hierzu weniger in Bauten investiert werden sollen, sondern bei Möglichkeit auch in Projekte.

### **Teil III – Schule**

**Frau Heuer** (Leiterin Schulverwaltungsamt) führt aus, dass im Zusammenhang mit dem Projekt Campus Deutz in absehbarer Zeit eine Lösung für das Berufskolleg Porz gefunden wird.

Bis Mitte 2012 soll im schulischen Bereich ein Inklusionsplan erstellt werden soll. Dies soll unter besonderer Mitwirkung des Kompetenzzentrums Porz geschehen. Der Ausbau der OGS ist Schwerpunkt, aber neben der Quantität ist auch die Qualität ein wichtiger Punkt, der berücksichtigt werden muss.

**Herr Hölzer** (Stabsstelle Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung) stellt die Entwicklungen im Schulbereich dar. Er geht davon aus, dass in den kommenden Jahren zwischen 950 und 1000 Kinder in Porz in die Grundschulen kommen werden. Für den gesamten Bezirk sind die Schulplätze ausreichend, wegen der nötigen Wohnortnähe gibt es jedoch Bereich – zum Beispiel in Poll – in denen Handlungsbedarf besteht.

Auch für das in der Zukunft liegende Gebiet Zündorf-Süd sind ebenfalls Bedarfe schon angemeldet und sollen eingeplant werden.

Für die weiterführenden Schulen wird erwartet, dass alle Kindern ein Schulplatz zur Verfügung steht. Inwieweit die Schulform den Wünschen entspricht, ist aufgrund der aktuellen Entwicklungen und hohen Dynamik in diesem Feld nicht Gegenstand dieser Planungen.

**Herr Röser** begrüßt die Planungen, weist aber auf den hohen Sanierungsstau hin, der an allen Schulen besteht. Er appelliert an Verwaltung und Politik, nicht nur Planungen vorzulegen, sondern auch dafür zu sorgen, dass die ausführenden Stellen dann auch besetzt sind.

**Frau Klasing**, Grundschule Breitenbachstraße (Gremberghoven), fragt nach, ob der Planungsbeschluss schon erfolgt ist.

**Herr Hölzer** sagt zu, dass die Antwort an Frau Klasing nachgereicht wird. Er stimmt Herrn Rösner zu, denn „Visionen ohne Aktionen bleiben Illusionen“. Der Sanierungsstau ist an vielen Standorten in Porz ein Problem. Der Handlungsbedarf wird gesehen und unterstützt.

**Herr Weidner** (SPD) verweist auf zahlreiche Anträge zur Breitenbachschule und Finkenbergschule, die mit Vertröstungen beantwortet wurden. Er bittet nochmals mit Nachdruck, frühzeitig in die Planungen eingebunden zu werden. Er fragt zur Finkenbergschule, welche Planungen dort konkret anstehen.

**Herr Werner** (CDU) weist auf die schon bestehenden Probleme in Zündorf-Süd hin, wo schon Bauten bestehen, aber noch nicht berücksichtigt werden, wie es auch beim Straßenverkehr passiert.

**Herr Redlin** (Grüne) begrüßt die Schließung von heilpädagogischen Kindergartenplätzen und fragt nach der Fortführung der Inklusion, die nicht mit Ende der Kindergartenzeit enden darf. Er weist auf die Probleme der Eltern hin, deren Kind zwar einen inklusiven Kindergartenplatz hatte, aber anschließend auf Schulen gedrängt wird, auf die es nicht will. Er mahnt an, dass hier jenseits von Projekten Regeln für die Kinder geschaffen werden.

**Herr Lemke** (FDP) bittet ebenfalls dringend, dass die Bebauung und eine Errichtung von Schulen z.B. in Zündorf-Süd parallel laufen solle. Er fragt, wo genau die Probleme bei der Einführung der Ganztagsbetreuung in Schulen und inwieweit die pädagogischen Erkenntnisse zur Einrichtung und zum Bau von Schulen berücksichtigt werden.

**Herr Joisten** (SPD) erklärt ebenfalls dass der Ausbau von Zündorf Süd Hand in Hand mit einer Schulversorgung erledigt werden muss. Er fragt, wie Vernetzungsgedanken von verschiedenen Schulen, zum Beispiel rheinische Musikschule mit Carl-Stamitz Musikschule, geplant werden und ob hier auch schulformübergreifend gedacht wird.

**Frau Heuer** antwortet, dass die Vorschläge zur pädagogischen Architektur sich in den Raumrichtlinien der Verwaltung niedergeschlagen haben. Das ist natürlich nur in Neubauten umfänglich umsetzbar, wird aber auch bei Sanierungen, ebenso wie die Bedarfe der Inklusion, wann immer es machbar ist, umgesetzt. Die Umsetzung der Inklusion kann nicht allein von der Kommune erledigt werden, hier bedarf es einer Zusammenarbeit mit der Bezirksregierung. Im Inklusionsplan sind alle Schulformen vertreten. Die Politik wird durch Teilnahme an „Expertengruppen“ frühzeitig in die Entwicklungen einbezogen.

Ergänzung zur Niederschrift:

An den beiden Grundschulen in Zündorf (Irisweg und Schmittgasse) stehen ausreichend Plätze zur Verfügung, um die voraussichtliche Nachfrage aus den derzeit entstehenden Wohnbereichen in Zündorf zu decken. Der „Platzhalter“ im vorgesehenen Baugebiet Zündorf-Süd muss rechtzeitig zur Realisierung des „großen Baufeldes“

aktiviert werden. Allerdings ist noch nicht absehbar, wann der entsprechende Bebauungsplan Rechtskraft erlangen wird.

**Herr Weidner** hat eine Nachfrage nach dem aktuellen Planungsstand der Finkenbergschule.

**Herr Redlin** fragt nach konkreten Zahlen der Kinder, die aktuell nicht auf einen inklusiven Platz können.

**Frau Heuer** gibt an, dass bei ca. 6.000 Schüler und Schülerinnen mit Förderbedarf zur Zeit 1045 an gemeinsamem Unterricht teilnehmen können. Sie rechnet damit, dass in den nächsten Jahren ca. 3.000 Plätze geschaffen werden müssen. Der Antrag auf eine Gemeinschaftsschule im Finkenbergschule wird nicht für das kommende Schuljahr gestellt werden können.

Es wird noch nachgereicht, dass 17% der Kinder mit Förderbedarf in Regelschulen beschult werden und 83% in Förderschulen. Der Ratsauftrag besagt, dass in absehbarer Zeit eine Inklusionsquote von 80% erreicht werden soll, was heisst, dass die aktuellen Verhältnisse komplett umgekehrt werden müssen. Dies ist eine gewaltige Aufgabe. Ein wichtiger Punkt in der Inklusionsplanung ist, die Anschlußmöglichkeit für Kinder aus inklusiver Betreuung zu sichern.

Für die Förderschule Finkenbergschule als Kompetenzzentrum soll ein neues Raumkonzept entwickelt werden. Dort soll sie dann nicht als klassische Förderschule, sondern als zentrales Kompetenzzentrum geführt werden. Es wird sicher kein neues Gebäude für eine klassische Förderschule geben, sondern die Räumlichkeiten sollen in das Kompetenzzentrum mit eingehen.

**Herr Edwards**, Förderschule Finkenbergschule, weist auf die vielen Fragezeichen im Bereich der Inklusion und des Kompetenzzentrums hin. Das Projekt Kompetenzzentrum endet mit Ende dieses Schuljahres, es gibt jedoch eine Verlängerung um zwei Jahre, weil die Inklusionsplanung des Landes noch nicht vorliegt. Das Zentrum endet in dem Moment, in dem im neuen Schulgesetz die Inklusion geregelt wird. Er kann jetzt noch nicht absehen, wie die Arbeit in Porz dann aussehen wird.

In Porz gibt es ungefähr 300 – 340 Schüler im Förderbereich Lernen und 160 Schüler mit dem Förderbereich emotionale, soziale Entwicklung. Den großen Bereich „Lernen“ kann er sich schwer vorstellen in einer Schule, die zusätzlich noch einen gymnasialen Zweig aufweist. Ein Kompetenzzentrum mit wenigen Schülern hält er für vorstellbar, eines ohne Schüler jedoch nicht. Er regt an, über Kooperationen verschiedener Schulen nachzudenken, in denen zusätzliche Klassen gebildet werden können, wo temporär eine sonderpädagogische Förderung möglich ist.

**Herr Pepke** (SPD) fragt, was mit dem alten Gebäude der Finkenbergschule passieren soll, wenn das Kompetenzzentrum an den Standort Bonner Straße wechselt.

**Herr Hölzer** antwortet, dass es noch nicht definitiv feststeht, was mit dem Standort passieren wird. Die Gebäudesubstanz scheint jedoch keine weitere Nutzung als Schulbau zu lassen. Eine Entscheidung über das Grundstück ist noch nicht gefallen.

**Herr Röser** merkt an, dass die Ruine der Finkenbergschule die aktuellen Bemühungen der Bürger und Streetworker im Finkenbergring konterkarieren wird. Er stellt kurz dar, wie alle Beteiligten gegen das negative Image vom Finkenbergring angehen wollen und regt an, die Räumlichkeiten sinnvoll, zum Beispiel für Jugendeinrichtungen nutzbar zu machen.

**Frau Rathenberg**, Grundschule „Unter Birken“, hat bisher vermisst, dass bei allen Planungen zur weiteren Nutzung und gemeinsamen Nutzung von Schulen berücksichtigt, wer zum Beispiel die Schule schließt, wenn die Hausmeister nicht vor Ort wohnen und die Schlüsselübergabe ein Problem darstellt.

**Frau Gödecke**, GGS Hauptstraße fragt noch zu den Inklusionsgedanken im Hinblick auf den Ganztagsunterricht. Es gibt jetzt schon große Schwierigkeiten, Schüler mit Förderbedarf im Ganztagsunterricht zu betreuen.

**Frau Heuer** legt dar, dass der Ausbau zum OGS mit Bundesmitteln finanziert wurde und dass Bauanliegen aus Gründen der Inklusion von der Kommune alleine nicht getragen werden können.

**Frau Wilden** (pro Köln) bittet, den Einwand von Herrn Röser auch an den Sanierungsbeirat Finkenbergring zu kommunizieren.

#### **Teil IV – Kooperation, Vernetzung und Jugendhilfe**

**Herr Pfeuffer** stellt noch die grundsätzlichen Themen zur Vernetzung dar. Er konstatiert eine gute Vernetzungskultur und fragt in die Runde, wo noch Vernetzung fehlt. Er fragt weiterhin, ob und wie man in Zukunft über gemeinsame Fortbildungen von pädagogischen Fachkräften und Lehrkräften nachdenken kann. Er sieht interessante Kooperationspotentiale aus solchen gemeinsamen Zusammentreffen. Im Laufe des Jahres muss der Rat die Entscheidung treffen, inwieweit die Stellen der Sozialraumkoordinatoren weiterhin gesichert werden können. Er fragt, ob eine Aufwertung von Sozialraumkonferenzen Sinn ergeben würde und ob man auch zu sozialraumorientierten Aktionsplänen kommen könnte.

**Frau Klasing** stellt fest, dass die Vernetzung auf einem hohen Level funktioniert. Sie hat die Bitte, dass die bestehenden Arbeitskreise unterstützt werden.

**Herr Lemke** (FDP) fragt nach, inwieweit sogenannte bildungsferne Schichten von den Arbeitskreisen erreicht werden. Er hat den Eindruck, dass viele Arbeitskreise sich weitgehend mit sich selber beschäftigen und fragt, inwieweit dort die Kontakte zu den Familien bestehen und ob sich Fortschritte erkennen lassen.

**Herr Pfeuffer** gibt die Frage ins Plenum weiter, führt aber aus, dass Arbeitskreise nicht alles sind, sondern nur ein kleiner Teilbereich. Der Schwerpunkt ist weiterhin der direkte Kontakt mit den Kindern und Jugendlichen und deren Familien.

**Herr Joisten** (SPD) nimmt häufig wahr, dass die Vernetzung der Arbeitskreise untereinander noch optimierbar ist. Die Bezirksjugendpflege soll gestärkt werden, um hier die Vernetzungen qua Rolle noch stärker übernehmen zu können und auch Abstimmungen in den Angebotsplanungen ausbauen zu können.

**Frau Wilden** (pro Köln) weist auf die besonderen Probleme der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund hin.

**Herr Redlin** (Grüne) fragt wieso arbeitslose Jugendliche aus Porz gezwungen werden, durch ganz Köln zu fahren, wenn sie mittellos und ohne Arbeit sind. Er fragt, ob auch diese Strukturen bedacht werden.

**Zusammenfassend fasst die Bezirksvertretung Porz folgenden Beschluss:**

**Die Bezirksvertretung Porz stimmt dem Beschlussvorschlag zu und ergänzt ihn wie folgt:**

1. Der Rat nimmt die „Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung Köln 2011“ zur Kenntnis.
2. Der Rat nimmt die Kommentierungen und Anregungen der Bezirksvertretungen zur Kenntnis.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die strategischen Aussagen des Berichtes für die Detailplanungen der nächsten Jahre zu Grunde zu legen. In den daraus resultierenden Beschlussvorlagen sind die Kommentierungen und Anregungen der Bezirksvertretungen einzubeziehen.

**Ergänzungsantrag der Fraktionen SPD und Die Grünen:**

Die Bezirksvertretung Porz bittet den Rat, bei der Umsetzung des Konzepts die folgenden Punkte zu berücksichtigen:

1. Die Bezirksvertretung unterstützt die Entwicklung einer Gemeinschaftsschule am Schulzentrum Zündorf in Kooperation mit dem Lessing-Gymnasium.
2. Für den Standort Kopernikus-Schule in Verbindung mit dem dort angezielten Neubau für die Förderschule Stresemannstraße ist die Möglichkeit einer Gemeinschaftsschule zu prüfen. Dabei soll der Inklusion ein besonderer Stellenwert eingeräumt werden.
3. Weiterhin soll geprüft werden, an welchen anderen Standorten Gemeinschaftsschulen eingerichtet werden können.
4. Für die Planung eines Neubaus als zusätzlichen Standort der Grundschule Am Altenberger Kreuz im Rahmen des Bebauungsplans Poller Damm betont die Bezirksvertretung Porz, dass dieser Neubau auf keinen Fall auf Kosten des Standorts Am Altenberger Kreuz gehen darf. Dieser Standort soll dauerhaft erhalten bleiben. Der Neubau an der Siegburger Straße soll als besondere Chance für eine intensive Kooperation mit der Förderschule Auf dem Sandberg genutzt werden.
5. Generell soll bei allen Neubau- und Sanierungsplänen der Inklusion ein hoher Stellenwert eingeräumt werden, damit nicht durch die bauliche Situation der gemeinsame Unterricht verhindert wird. Dazu müssen z. B. in allen Schulen Pflgeräume eingerichtet werden und es muss grundsätzlich barrierefrei gebaut werden.
6. In der U-3-Betreuung fordert die Bezirksvertretung, die Versorgungsquoten stadtteilbezogen festzulegen, damit ein wohnortnahes Angebot ermöglicht wird. Dazu reicht eine bezirkswide Versorgungsquote nicht aus. Besonders sollen Gebiete berücksichtigt werden, in denen aufgrund der sozialen Situation ein besonderer Bedarf besteht. Dabei spielt nicht nur die Frage eine Rolle, ob die Eltern berufstätig sind, sondern auch der pädagogische Betreuungsbe-

- darf für die Kinder, der zuhause oft nicht angemessen wahrgenommen werden kann.
7. Beim weiteren Ausbau der Offenen Ganztagschule soll mehr Augenmerk auf die qualitative Entwicklung gelegt werden. Nach der beschlossenen Umsetzung des Ausbaus auf 22.200 Plätze ist zu prüfen, in welchen Stadtteilen noch ein weiterer Ausbau der Plätze erforderlich und wo die Qualität zu forcieren ist. Dazu hat die aus Schulen und freien Trägern bestehende Arbeitsgruppe „Qualitätssicherung und –verbesserung“ bereits zahlreiche unterstützenswerte Vorschläge erarbeitet. Mittel, die aufgrund von Über-Beantragungen von den eingeplanten Einrichtungen nicht abgerufen werden können, sollen nicht in den Haushalt zurückfließen, sondern für den Offenen Ganzttag verwendet werden.
  8. An weiterführenden Schulen soll verstärkt handwerklicher Unterricht angeboten werden, um Kinder, deren Stärken weniger in kognitiven als in praktischen Fähigkeiten liegen, angemessen zu fördern.
  9. Für den erwähnten Neubau der GGS Breitenbachstraße muss ein verbindlicher Zeitplan erstellt und umgesetzt werden, um einen verlässlichen Schulbetrieb zu ermöglichen sowie die genannte sonderpädagogische Förderung auch tatsächlich in vollem Umfang gewährleisten zu können. Der Zeitplan ist in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung Porz vorzustellen.
  10. Der Anteil der Grundschulen mit Schulsozialarbeit soll auch im Stadtbezirk Porz erhöht werden, da sich entsprechende Bedarfe an allen Grund- und zunehmend auch an allen weiterführenden Schulen herausbilden. Perspektivisch soll an allen Schulen Schulsozialarbeit etabliert werden. Kurzfristig soll eine Prioritätenliste für die Ausweitung der Schulsozialarbeit erstellt werden.
  11. Die Entwicklung von Räumlichkeiten für attraktive Jugendangebote in Ergänzung zur bestehenden Jugendarbeit ist angesichts des wachsenden Bedarfs zu forcieren und sämtliche Möglichkeiten im Stadtteil im Rahmen einer Machbarkeitsstudie zu prüfen. Dabei sind auch noch einmal die Möglichkeiten einer Anknüpfung an bestehende städtische Gebäude (sog. „kleine“ Lösung) zu prüfen und darzustellen (z.B. Bürgerzentrum, KiTa etc.).
  12. Die Finanzierung der Heilpädagogienstellen an der OT Ohmstraße soll dauerhaft gesichert werden
  13. Die Angebote der mobilen Jugendhilfe müssen dringend ausgebaut werden, insbesondere der Einsatz von Streetworkern muss verstärkt werden.
  14. Die Jugendhilfe für arbeitslose Jugendliche muss im sozialen, betreuerischen und berufsvermittelnden Bereich dezentralisiert werden und im Stadtbezirk stattfinden.

#### **Ergänzungsantrag der CDU Fraktion:**

Die Bezirksvertretung Porz nimmt die „integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung 2011“ grundsätzlich zustimmend zur Kenntnis.

Die Vorschläge aus dem offenen Dialog der Träger mit den entsprechenden städtischen Stellen werden weitergeleitet und bis zur Beschluslage berücksichtigt.

Im Kapitel 6.4. (S. 260ff) beschäftigt sich die integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung mit dem Übergangmanagement Schule-Beruf. Die Bezirksvertretung Porz spricht sich für folgende Ergänzung des Kapitels aus:

„Um das Übergangmanagement Schule – Beruf zukünftig weiter zu verbessern, wird die Verwaltung um Umsetzung folgender Maßnahmen gebeten:

## **1. Einrichtung von Koordinierungsstellen im Bereich Übergang Schule – Beruf**

Die Bezirksjugendämter müssen die Maßnahmen im Übergang Schule-Beruf koordinieren und kontrollieren. Zur Verhinderung von ineffizienten Doppelstrukturen müssen die Bezirksjugendämter die staatlich und kommunal finanzierten Angebote der unterschiedlichen Maßnahmeträger bündeln und koordinieren. Ferner muss die Kontrolle des zielgerichteten Einsatzes der Projektmittel sowie eine Qualitätsmanagement für den Übergang Schule – Beruf zu ihren Aufgaben gehören. Ziel muss eine verbesserte Planungssicherheit für die einzelnen Projektträger und eine zeitnahe bedarfs- und zielgruppenorientierte Verteilung und Vergabe von Projektgeldern sein.

## **2. Effizienter Mitteleinsatz im Bereich Übergang Schule – Beruf:**

Grundsätzlich sollten im gesamten Jugendbereich nur Projekte gefördert werden, für die ein tatsächlicher Bedarf besteht. Sofern Bedarfe wegfallen, ist eine Förderung einzustellen und Einrichtungen sind ggf. zu schließen. Dies gilt auch für Einrichtungen im Übergang Schule-Beruf. Solange jedoch ein konkreter Bedarf festgestellt wird, sollten die Träger von einer jährlich notwendigen neuen Beantragung von Fördermitteln befreit werden, damit sie langfristig planen und eine effiziente Struktur aufbauen können.

## **3. Software zur Dokumentation für Beratungsstellen im Übergang Schule – Beruf**

Eine standardisierte Dokumentation der Beratungsarbeit ermöglicht anonyme statistische Auswertung, mit deren Hilfe die Bezirksjugendämter den konkreten Beratungsbedarf erfassen und darstellen und somit ein Überangebot sowie doppelte Beratungsarbeit verhindern können. Insbesondere in Zeiten angespannter öffentlicher Haushalte müssen Synergien gehoben und Doppelstrukturen verhindert werden, damit die ohnehin knappen finanziellen Ressourcen effektiv und zielführend eingesetzt werden. Ferner muss die anonymisierte statistische Auswertung zur Qualitätssicherung und –verbesserung der Angebote der verschiedenen Träger genutzt werden.

## **4. Jugendberufshilfe in Wohnquartieren mit hoher Arbeitslosigkeit**

In Wohnquartieren mit einer hohen Arbeitslosigkeit kommt der Jugendberufshilfe im Bereich Übergang Schule – Beruf eine besondere Bedeutung zu, um Jugend- und daraus später einmal erwachsende Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Um effektiv arbeiten zu können, müssen die Beratungsstellen für junge Menschen dort angesiedelt werden, wo diese ihre Freizeit verbringen:

### **4.1. Jugendberufshilfe im Jugendzentrum**

Benachteiligte, ausbildungssuchende junge Menschen verbringen ihre Freizeit häufig in Jugendzentren. Jugendberufshilfe sollte daher während der Öffnungszeiten des Jugendbereichs in den Jugendzentren angeboten werden. Die Jugendberufshilfe sollte daher als ein Hauptziel der offenen Kinder- und Jugendarbeit in die integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung aufgenommen werden

### **4.2. Jugendberufshilfe und Streetwork (aufsuchender Ansatz)**

Jugendliche, die ihre Freizeit im Stadtteil an öffentlichen Plätzen verbringen, werden bestmöglich durch den aufsuchenden Ansatz der Streetworker erreicht. Hier muss es zu einer ergänzenden Kooperation zwischen Streetworkern und den Einrichtungen der Jugendberufshilfe kommen.

### **4.3. Mobile Jugendberufshilfe an (weiterführenden) Schulen**

Um Jugendarbeitslosigkeit frühzeitig zu verhindern, muss Berufsberatung bereits an weiterführenden Schulen angeboten werden. Hierdurch darf es jedoch nicht zu einem Unterrichtsausfall kommen. Durch eine verstärkte Kooperation zwischen den Trägern der Jugendberufshilfe und den weiterführenden Schulen soll den Schülern nachmittags ein verpflichtendes Beratungsangebot gemacht werden. Eine Kooperation würde zudem Kapazitäten der Schulsozialarbeiter freisetzen, die für andere Projekte eingesetzt werden können.“

**Abstimmungsergebnis:**

**Ergänzungsantrag der Fraktionen SPD und Die Grünen:**

Ja: 15 Alle, außer Frau Wilden (pro köln)

Nein 1 Frau Wilden (pro köln)

***Mehrheitlich zugestimmt.***

**Ergänzungsantrag der CDU Fraktion:**

***Einstimmig zugestimmt.***

**Geänderter Beschlußvorschlag gesamt:**

Ja 15 Alle, außer Frau Wilden (pro köln)

Nein 1 Frau Wilden (pro köln)

***Mehrheitlich zugestimmt.***

Nach der Abstimmung führt Herr Stadoll aus, dass hier in Porz aufgrund des hohen Sanierungsbedarfes viel Geld „in Personen und Steine“ investiert werden müsse. Er bittet die Verwaltung, auch beides in Angriff zu nehmen.

**7.2 Anhörungen und Stellungnahmen gemäß § 37 Absatz 5 Sätze 1 und 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

**8 Anfragen gemäß §§ 4 und 40 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

**8.1 Beantwortung von Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen**

**8.2 Neue Anfragen**

**9 Mitteilungen**

**9.1 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters**

**9.2 Mitteilungen der Verwaltung**

**9.2.1 Schulentwicklungsplanung - mündliche Anfrage von Herrn Dr. Schlieben in der Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung vom 21.03.2011, Top 7.1  
1656/2011**

**Die Bezirksvertretung Porz nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.**

**10 Annahme von Schenkungen**

Ende der Sitzung: 20:30 Uhr

Willi Stadoll  
Bezirksbürgermeister

Monika Radke  
Schriftführerin